

BUENOS AIRES-BRIEFING

September 2020

Olaf Jacob und Carmen Leimann-López

Sozial angespannte Lage bei steigenden Armutsraten

Trotz der seit einem halben Jahr andauernden gesetzlich verpflichtenden sozialen Isolierung, die noch mindestens bis zum 11. Oktober gelten wird, füllen sich die Straßen in vielen Teilen Argentiniens immer öfter mit Demonstranten. Medizinisches Fachpersonal, Lastkraftwagen- und Busfahrer, Angestellte der Low Cost-Airlines, Gegner der Justizreform, Polizisten, Gewerkschaftsvertreter, Landwirte, Indigene und Vertreter sozialer Organisationen verschafften sich im September an symbolischen Orten Gehör. Zu ihren Forderungen zählen eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen, Planungs- und Rechtssicherheit, die Wahrung demokratischer Grundwerte, eine angemessene Vergütung, ein Anrecht auf angestammtes Land sowie eine Aufstockung der staatlichen Sozialleistungen. Die Regierung stellte daher unter anderem einen siebenprozentigen Inflationsausgleich für öffentliche Angestellte, erneute einmalige Bonuszahlungen für Sozialhilfeempfänger, eine Verlängerung des Kündigungsschutzes, die Wiederaufnahme des Flugverkehrs und das anhaltende Einfrieren der Lebensmittelpreise sowie eine bessere Ausrüstung für die Polizei in Aussicht. All diese Maßnahmen sind angesichts der strukturellen Herausforderungen und Folgen der Pandemie jedoch Tropfen auf den heißen Stein: 40,9 Prozent der argentinischen Bevölkerung leben Berechnungen der staatlichen Statistikbehörde INDEC zufolge derzeit unterhalb der Armutsgrenze, die Mittelschicht verringert sich zunehmend. Dies liegt unter anderem im Verlust von mehr als 2,5 Millionen Arbeitsplätzen seit Beginn der Pandemie, vor allem im informellen Sektor, aber auch im Dienstleistungsbereich und Immobiliengewerbe begründet. Angesichts der finanziellen Einbußen kündigten zahlreiche ausländischen Unternehmen bereits ihren Rückzug aus Argentinien an. Neben der brasilianisch-chilenischen Airline Latam reihen sich Medienberichten zufolge nun auch das deutsche Chemieunternehmen BASF, die chilenische Kaufhauskette Falabella und der Dienstleister Glovo ein. Immer mehr argentinische Familien und Berufsanfänger ziehen zudem eine Auswanderung ins Nachbarland Uruguay, nach Europa und in die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) in Betracht. Präsident Alberto Fernández' Mahnung im Rahmen einer Krankenhauseinweihung in der Provinz Buenos Aires am 28. September, dass vor allem junge Erwachsene beim Wiederaufbau Argentiniens eine wichtige Rolle spielen, beschwichtigen kaum die Zukunftsängste.

Innenpolitische gesehen vertieften sich die Spannungen zwischen der Nationalregierung (*Frente de Todos*) und der Regierung der Autonomen Stadt Buenos Aires (*PRO*). Diese wurden durch eine Budgetkürzung des Länderfinanzausgleichs zulasten der Hauptstadt um mindestens 0,92 Prozentpunkte per Dekret intensiviert. Auch hinsichtlich baldiger Schulöffnungen konnten sich die Stadt- und Nationalregierung auf kein Datum und Protokoll einigen.

Auch in der Provinz Buenos Aires ist die Lage angespannt. Gouverneur Axel Kicilloff (*Frente de Todos*) gelang es bisher nicht eine friedliche Lösung in Bezug auf die seit dem 20. Juli illegal besetzten Grundstücke in der Gemeinde Guernica herbeizurufen. Er hatte eine Umsiedlung, die Auszahlung von Sozialleistungen sowie den Einzug in neue Sozialbauten innerhalb der nächsten drei Jahre in Aussicht gestellt. Lediglich 30 Prozent der rund zweitausend bedürftigen und obdachlosen Familien gingen hierauf ein. Derzeit besetzen sie mehr als 100 Hektar Privateigentum in provisorischen Unterkünften aus Plastikplanen und Wellblech, ohne jeglichen Zugang zur öffentlichen Infrastruktur.

